

„Wir sind so weit, wie wir noch nie waren“*

Anfang Juli stellte die Spezialkommission des Parlamentes ihren Bericht zur Territorialreform vor, auf den sich alle Parteien außer der ADR einigen konnten. Doch der Bericht ist lediglich der Schlusspunkt einer Diskussion über die Neuverteilung der Kompetenzen zwischen Staat und Gemeinden, die bereits seit mehr als zehn Jahren geführt wird. Die eigentliche Reform steht erst an. Über das Ziel scheinen sich alle Beteiligten einig zu sein. Die Gemeinde des 21. Jahrhundert soll ein moderner „Service-Provider“ sein. Die Stichworte sind Effizienz, Transparenz, und Professionalität. Doch darüber, wie weit wir von diesem Ziel entfernt sind und wie der Weg dorthin aussehen soll, herrscht Uneinigkeit.

Das Ziel der Spezialkommission zur Territorialreform war, einen konsensfähigen Bericht zu formulieren. Vieles von dem, was festgehalten wurde, eignet sich deshalb nicht zur Kontroverse. So schlug die Kommission etwa vor, eine Reihe von Kompetenzen von den Gemeinden auf die nationale Ebene zu verlagern, um in Zukunft eine landesweite Koordination bestimmter Angebote gewährleisten zu können, z. B. in den Bereichen des öffentlichen Transportes oder der Müllentsorgung. Die Kompetenzen der Gemeinden wurde unterdessen in anderen Bereichen bestätigt. So bei der Förderung der Chancengleichheit oder den sportlichen und kulturellen Angeboten.

*Zitat von Jean-Marie Halsdorf in der Orientierungsdebatte über die Territorialreform 2. Juli 2008

Differenzen gab es vielmehr auf einer grundsätzlicheren Ebene. Wieviel Autonomie darf den Gemeinden abgenommen werden, um eine integrierte Landesplanung zu garantieren? Diese Frage spitzte sich vor allem bei den Gemeindefusionen zu. Der CSV sind vor allem die kleinen Gemeinden aus dem ländlichen Raum ein Dorn im Auge, weil sie nicht die „kritische Masse“ besäßen,

Wieviel Autonomie darf den Gemeinden abgenommen werden, um eine integrierte Landesplanung zu garantieren?

um ihren Bürgern qualitativ hochwertige Dienstleistungen anzubieten. Die Grünen sehen in der Kirchturmpolitik der Gemeinden eines der großen Hindernisse für eine integrierte Landesplanungspolitik. Aus diesem Grund haben sich beide Parteien im Parlament für Gemeindefusionen stark gemacht, während LSAP und DP eher zurückhaltend auf die Fusionspläne reagierten. Die Kommission einigte sich nun auf eine Mindestzahl von 3 000 Einwohnern, die eine Gemeinde zählen müsse. Die Zusammenlegung von Kommunen soll allerdings per Referendum beschlossen werden und der Umstrukturierungsprozess bis zu den Gemeindewahlen 2017 abgeschlossen sein. Erzwungene Fusionen soll es demnach nicht geben. Die Regierung will deshalb auch zusammen mit dem Syvicol eine Sensibilisierungskampagne starten, um bestimmte Gemeinden von den Vorteilen einer Fusion zu überzeugen. Und was, wenn

die Gemeinden nicht überzeugt sind von den Argumenten der Regierung?

Die Spezialkommission hat sich in ihrem Bericht noch einmal explizit zur verfassungsmäßig garantierten Gemeindeautonomie bekannt. Doch gleichzeitig wird offensichtlich, dass die Politik der Gemeinden nicht an ihren territorialen Grenzen aufhören darf. Die geplanten Shopping-Centers, Schwimmbäder und Wassertürme, die aus dem Boden schießen, zeigen, dass eine integrierte Landesplanung not tut.

Über interkommunale Kooperationsformen wie die „communautés urbaines“ will die Regierung mehr Kohärenz in die regionale Entwicklung kriegen. Wichtige Entscheidungen für die Regionen sollten demnach nicht mehr in den Gemeinden sondern auf der Ebene der „communautés urbaines“ gefällt werden. Abstimmungen sollen mit einfacher Mehrheit entschieden werden und auch hier wird zurzeit über eine Verpflichtung der Gemeinden diskutiert, diesen „communautés urbaines“ beizutreten. Ein entsprechender Vorentwurf eines Gesetzestextes wird zurzeit mit dem Syvicol diskutiert.

Dem Plus an Landesplanung würde eindeutig ein Minus an Demokratie gegenüberstehen. Man muss feststellen, dass eine Debatte mit der Bevölkerung über dieses grundlegende Problem der politischen Umstrukturierung bisher nicht geführt wurde. Die Kommunalpolitik droht dadurch vollkommen hinter der nationalen Politik zu verschwinden. Zu Unrecht, denn die Kommunalpolitik ist die Keimzelle unserer Demokratie. Sie ist der Ort, an dem die Politik bürgernah

ist und wo die Menschen sich engagieren können. Einige Gemeindeväter kritisieren deshalb auch, dass eine zu starke Kontrolle des Innenministeriums über die Gemeinden eine Bevormundung der Wähler sei.

Die Diskussion über die Gemeindefusionen und die interkommunale Kooperation werden durch zwei Aspekte erschwert: den parteipolitischen und den finanziellen Hintergrund.

Welches Interesse soll zum Beispiel eine LSAP-geführte Gemeinde daran haben, einer „communauté urbaine“ mit drei DP-geführten Gemeinden beizutreten, wenn sie weiß, dass sie innerhalb dieses Gremiums immer in der Minderheit sein wird. Das Gleiche gilt etwa für

eine kleine CSV-geführte Gemeinde, die mit einer größeren LSAP-geführten Gemeinde fusionieren soll und befürchten muss, dass dadurch das Mehrheitsverhältnis in der Bevölkerung kippt. Die ersten Kartographien der Gemeinden, die in den vergangenen Wochen in den Medien veröffentlicht wurden, haben deshalb auch schon für Aufregung gesorgt.

Der finanzielle Aspekt bezieht sich auf die Gemeindefinanzierung, die sich vorwiegend aus konjunkturabhängigen Quellen, wie etwa der Gewerbesteuer, speisen. Dies hat als negative Auswirkungen einerseits, dass die Gemeinden nur eine bedingte Planungssicherheit haben, was ihr Budget anbelangt und

andererseits, dass die Gemeinden dadurch motiviert werden, Gewerbe auf ihrem Gebiet anzusiedeln. Wie das Beispiel des geplanten Shopping-Centers in Wickrange zeigt, entstehen dadurch Projekte, die jeglichen Prinzipien der Landesplanung widersprechen. Die Spezialkommission des Parlamentes hat jedoch entschieden, zuerst die Restrukturierung der Gemeindefinanzierung vorzunehmen und zu einem späteren Zeitpunkt erst das Projekt einer neuen Gemeindefinanzierung in Angriff zu nehmen. Welchen Grund sollte jedoch eine Randgemeinde der Stadt Luxemburg haben, einer „communauté urbaine“ beizutreten innerhalb der sie die Funktion eines Naherholungsgebietes erfüllen soll, wenn sie für diese Funktion nicht finanziell entschädigt wird? Dies zeigt, dass die Gemeindefinanzierung landesplanerische Funktionen berücksichtigen muss, wenn die Gemeinden davon überzeugt werden sollen diese Aufgaben zu übernehmen. Solange die Gemeindefinanzierung sich jedoch ausschließlich an der wirtschaftlichen Tätigkeit innerhalb einer Gemeinde orientiert, wird keine Gemeinde „Grünzone“ bleiben wollen. Indem die Regierung jedoch entscheidet, die Gemeindefinanzierung an letzter Stelle zu diskutieren, kritisieren die Gemeindeväter, dass sie sich auf ein Spiel einlassen müssen, dessen Spielregeln sie nicht kennen.

Mit Dr. Dieter Ewringmann sprachen wir über eine nachhaltige Entwicklung unserer Gemeinden, die Notwendigkeit von alternativen Finanzierungsmodellen und eine Verrechtlichung von landesplanerischen Konzepten. Über gemeinsame und unterschiedliche Interessen und die Zukunft der Gemeinden sprachen wir mit Lydia Mutsch und Paul Helming, den Bürgermeistern der beiden größten Gemeinden des Landes. Charel Schmit stellt uns „seine“ Nordstad vor, ein Beispiel für ein landesplanerisches Konzept, das „von unten“ kommt. Mit Rob Roemen unterhielten wir uns darüber, was es heißt, Bürgermeister einer kleinen Gemeinde zu sein. Eine Aufgabe, bei der selbst ein Workaholic an seine Grenzen stößt. Im Mittelpunkt des Beitrags von Guy Urbany stehen die Lokale Agenda 21 sowie neue Formen der Bürgerbeteiligung und Dr. Manfred Schenk geht auf die Aufgaben und Bemühungen der Gemeinden in der Sozialplanung ein.

Luxembourg landscape (© Kolathur Kannamma)

